

Haushaltsrede - Haushalt 2025/26

des Vorsitzenden der SPD-Fraktion
in der Landschaftsversammlung Rheinland

Jürgen Rolle

am 25. Februar 2025

in Köln

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Frau Landesdirektorin,
sehr geehrter Herr/Frau aus Westfalen,
meine sehr verehrten Damen und Herren des Verwaltungsvorstandes,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst einmal möchte ich unserem neuen Kämmerer, Tilman Hillringhaus, ganz herzlich danken für seinen unermüdlichen Einsatz bei der Gestaltung dieses Doppelhaushaltes.

Ich kann mir gut vorstellen, dass die Haushaltsgespräche mit den Kolleginnen und Kollegen des Vorstandes dieses Mal wenig Spaß gemacht haben.

Was ist passiert?

Die enormen, nicht eingeplanten zusätzlichen Kosten der Assistenzkräfte in der Eingliederungshilfe des Kinder- und Jugenddezernates haben dazu geführt, dass wir das tun mussten, was die Mitgliedskörperschaften seit geraumer Zeit von uns verlangen.

Wir haben die Mittel der Ausgleichsrücklage zum Einsatz gebracht, um die uns finanzierenden Körperschaften im Rheinland so gut es eben geht zu schonen.

Ich stelle das deshalb nochmals so in den Vordergrund, weil unsere Argumentation gegen den kompletten Einsatz der Ausgleichsrücklage in den letzten Jahren nach wie vor zieht. Das zeigt sich gerade jetzt. Denn für den Einsatz in der Not ist sie gedacht und wird sie jetzt auch verwendet!

Nur so war es uns möglich, die in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesenen Umlagesätze, einzuhalten und für das Jahr 2026 sogar ein wenig zu unterschreiten. Das haben die Mitgliedskörperschaften in ihren Stellungnahmen indirekt auch gewürdigt. Auch die Anhörungsveranstaltungen mit den Kreisen und Städten sowie die zweite Veranstaltung mit dem kreisangehörigen Raum haben sehr deutlich gemacht, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf im Grunde genommen auch aus Sicht der kommunalen Familie im Rheinland akzeptiert worden ist.

Jedenfalls kamen keine bzw. kaum Nachfragen – ein von mir in dieser Form noch nicht erlebtes Schweigen der anwesenden Kämmerer bzw. Kämmerereivertreter.

Ich möchte an dieser Stelle nicht verhehlen, dass mich die Kostenentwicklungen aus den Jahren 2023 und 2024 wirklich sehr ärgern.

Nicht die mit diesen Mitteln finanzierte Hilfe für die betroffenen Kinder und Familien sind aus meiner Sicht das Problem. Das Problem liegt vornehmlich im Bereich des unterlassenen Controllings bzw. des viel zu späten Gegensteuerns. Dies ist ein Thema, mit dem sich die Koalition noch sehr intensiv beschäftigt und hierzu einen weiteren Fragenkatalog vorlegen wird, auf dessen Beantwortung ich schon jetzt sehr gespannt bin. Jedenfalls brachten uns diese Versäumnisse in die Situation, dass wir uns in Verantwortung für die leeren Kassen der Kommunen dazu durchgerungen haben, für die Jahre 2025/26 auf politische Initiativen zunächst zu verzichten.

Schweren Herzens!

Denn die Haushaltsgestaltung und die Fortentwicklung von "Qualität für Menschen" ist unsere politische Aufgabe. Der Kämmerer hat uns jedoch deutlich zu verstehen gegeben, dass hierfür aus den genannten Gründen nun wirklich kein Spielraum besteht. Also haben wir uns zurückgenommen.

... und dies in Zeiten, wo in Deutschland der Fraktionsvorsitzende eines Landtages öffentlich fordert, dass inklusive Beschulung, also gemeinsamer Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung, abgeschafft werden soll, mit der Begründung, dass durch den gemeinsamen Unterricht die nicht behinderten Kinder an der vollen Leistungsentfaltung gehindert werden.

Wir haben also unsere geplanten Vorhaben zunächst in die Warteschleife gegeben. Was machen Teile der Opposition? Stellen Anträge zu bereits entschiedenen Sachverhalten, Stichwort: SPZ. Erlaubt sich, Initiativen der Koalition aus den Vorjahren aufzugreifen und noch was draufzulegen, greift in Zuständigkeiten von Bund oder Ländern ein, möchte (neue) Initiativen ergreifen in Bereichen, wo es überhaupt keine Zuständigkeit des LVR gibt und legt Anträge vor, die im Detail manchmal schwer zu verstehen sind.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Linken und Der Fraktion. Natürlich finden wir mehr peer counseling gut. Auch stehen wir für gute und gesunde Ernährung in unseren Einrichtungen, und klar sollte der Mobilitätsfond bedarfsgerecht nach oben angepasst werden.

Nur, wir können uns die Übernahme zusätzlicher freiwilliger Aufgaben im Moment beim besten Willen nicht leisten. Darum geht es!!! Obwohl Sie sehr genau wissen, dass wir für den Fall der Haushaltssicherung das Ruder aus der Hand geben und dann zu allererst von der Aufsicht geguckt wird, welche Aufgaben denn freiwilliger Natur sind.

Und dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Spaß vorbei.

Deswegen ist unser Haushaltsbegleitbeschluss, der eben genau diese desolate Finanzsituation im Blick hat:

Restriktive Bewirtschaftung – weitere Konsolidierung – Überprüfung von Strukturen und Prozessen!

Das ist das Gebot der Stunde!

Und sicherlich nicht die Übernahme neuer/zusätzlicher, freiwilliger (!) Aufgaben!

Ich kann also nur dafür werben, unserem Antrag zuzustimmen und ich würde mich freuen, er findet die Mehrheit aller demokratischen Fraktionen.

Ach ja, der Antrag der AfD "Umlage einfrieren". Das erinnert mich ein bisschen an den Vorschlag, der einmal von einer Mitgliedskörperschaft gemacht worden ist, die Eingliederungshilfe zu "deckeln".

Mehr muss man dazu gar nicht sagen.

Aber: Wenn sich die finanzielle Situation der Kommunen nicht nachhaltig verbessert, dann sehe ich schwarz für die Zukunft.

Hier sind Bund und Land gefordert.

Der erste Schritt wäre eine Übernahme der Altschulden. So wie es die Ampel in Berlin ja geplant hatte. Wer auch immer die neue Bundesregierung bildet, bitte arbeiten Sie an diesem Thema, es ist für die Kommunen von existenzieller Bedeutung!

Und nach Düsseldorf gewandt: Es gibt auch Bundesländer, die es ohne den Bund geschafft haben, das Problem zu lösen oder zumindest zu entschärfen.

Kommunen ohne Geld können keine Schulen sanieren, keine Schwimmbäder in Takt halten, keinen Wohnungsbau betreiben und so weiter, und so weiter. Das schadet den Menschen in unserem Land – das schadet der Demokratie in unserem Land.

Nun aber zurück ins hier und jetzt.

Auf einige Initiativen der Fraktionen möchte ich hier noch kurz eingehen.

Alle Anträge rund um das Thema SPZ.

Es ist noch nicht lange her, da stand das Thema Dynamisierung der Mittel für die SPZ auf der Agenda.

Die SPD-Fraktion hat sich hier nach wirklich vielen, vielen Gesprächen mit Vertretern der SPZ und langen internen Diskussionen durchgerungen, der Dynamisierung zu widersprechen. Das ist uns schwergefallen.

Und wir haben gemeinsam mit unserem Koalitionspartner das Ganze dann in eine "Aussetzung" umgewandelt.

Ja glauben Sie denn ernsthaft, wir stimmen heute einer Erhöhung der Mittel zu?

Natürlich werden wir die Aufgabe der SPZ weiterhin sichern. Und würden auch gerne mehr geben. Aber hier müssen doch mal die Verhältnisse geklärt werden.

Die Haushaltsansätze waren zu 20 Prozent gesperrt und damit alle freiwilligen Ausgaben betroffen. Nur an der Stelle legen wir auf die 100 Prozent noch was drauf.

Merken Sie nicht selbst, dass da was nicht stimmt?

Mobilitätsfond – unser Thema. Wissen Sie auch, liebe grüne Abgeordnete.

Hier gilt das Gleiche, wie bei den SPZ.

Aber apropos Aussetzung und weil ich mehrfach darauf angesprochen worden bin.

Wir haben den Tag der Begegnung ausgesetzt. Und uns/mir ist der Vorwurf gemacht worden, dies sei eine Beerdigung des Tages der Begegnung.

Nur bei uns ist es so, dass Aussetzung auch Aussetzung bedeutet.

Wir sind uns durchaus der Bedeutung des Tages der Begegnung bewusst und seien Sie sicher, dieses wunderbare Fest wird auch wieder gefeiert werden!

Am Rande dazu – die finanziell geringer aufwendige Kampagne "Feiern für alle" (unsere Idee), welche „Tage der Begegnung“ in die Kommunen trägt, hat auch ihre Wirkung und die gute Öffentlichkeitsarbeit dazu war für den LVR sicherlich sehr positiv.

Vielen Dank dafür an Frau Dr. Hildesheim und ihr Team!

Abschließend möchte ich mich herzlich bedanken für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr:

- bei allen Mitgliedern des Verwaltungsvorstandes unter Leitung der Landesdirektorin Ulrike Lubek, unterstützt vom 1. Landesrat Reiner Limbach.
Insbesondere aber (zum heutigen Schwerpunkt passend) bei unserem Kämmerer Tilman Hillringhaus und seinem Kämmererleiter Waldemar Wiese, die partnerschaftlich die finanziellen Geschicke des LVR leiten und einen tollen Job machen!
- bei der gesamten CDU-Fraktion unter Leitung des bisherigen Vorsitzenden Rolf Einmahl sowie dem Geschäftsführer Frank Boss ... und ich hoffe sehr, dass die Zusammenarbeit mit dem neuen Fraktionsvorsitzenden der CDU, Frank Schönberger, unsere gemeinsame erfolgreiche Arbeit der letzten 11 Jahre fortsetzen wird!
- bei „meiner“ SPD-Fraktion, für die immerwährende Unterstützung und konstruktive Mitarbeit, getragen von einem Fraktionsbüro mit Leila Soumani und dem Geschäftsführer Thomas Böll, welches man besser nicht erfinden könnte.

Danke!